

# Parlamentarische Bürgerinitiative

## betreffend

Kinder in der Schule - Herbst 22:

unabhängig vom SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen normaler Betrieb in Kindergarten & Schule

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von \_\_\_\_\_ BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (*Anm.:* zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

### Anliegen:

Der Nationalrat wird ersucht,

unter Verweis auf die 10 österreichischen Gesundheitsziele, dabei insbesondere auf das Gesundheitsziel 6 "Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ermöglichen" und die "Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie 2016" folgende Forderungen umzusetzen.

Wir fordern:

1. Einen normalen und uneingeschränkten Kindergarten- und Schulbetrieb ab Herbst 2022 unabhängig vom SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen.
2. Einen Stopp aller Maßnahmen, die das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen und bei denen Nutzen und Sicherheit nicht eindeutig durch entsprechende Studien belegt sind.
3. Eine Ablösung der krankheits- und risikoorientierten Betrachtung der österreichischen Kinder und Jugendlichen durch eine gesundheits- und ressourcenorientierte Betrachtung.

Zusätzlich fordern wir:

- Die Beendigung aller Maßnahmen, wie die Testung von gesunden Kindern und Jugendlichen, oder die Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasenschutzes oder einer FFP2-Maske.
- Einen uneingeschränkten Unterricht und Durchführung aller Aktivitäten wie Bewegung und Sport, gemeinsames Singen, Tanzen, Theaterspielen, Schulausflüge, etc.
- Eine neutrale Grundhaltung des Bildungsbereichs gegenüber Impfungen. Jede Ungleichbehandlung aufgrund des Impfstatus, jede Form von Impfdruck und jede Form von Arzneimittelwerbung hat im Bildungsbereich nichts verloren.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen/Schülern, um gesundheitsbezogene Fähigkeiten zu fördern.
- Gesundheitsfördernde Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, um die kurz-, mittel- und langfristigen gesundheitlichen und psychosozialen Folgen zu minimieren.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

**Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend**

Kinder in der Schule - Herbst 22:

unabhängig vom SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen normaler Betrieb in Kindergarten & Schule

**Erstunterzeichner/in**

Name	Anschrift und E-Mail Adresse	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
Ulrike Gutkas, BA MA	Eichbrunnen 14a 6850 Dornbirn			Dornbirn

**Lichtbildausweis (Auswahl):**

- Reisepass: Nr.
- Personalausweis: Nr
- Führerschein: Nr.

**Meldezettel wurde vorgelegt:**

- Ja
- Nein

**Interner Vermerk:**

Paraphe/Datum Parlamentsdirektion -  
Lichtbildausweis und Meldezettel  
wurden vorgelegt:

-----  
**Unterschrift**

**Unterstützungserklärungen:**

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Unterschrift

Hinweise:

Für eine gesetzeskonforme Einbringung müssen die Unterschriftenlisten im Original vorgelegt werden.

Die Parlamentsdirektion weist darauf hin, dass die Unterschriftenlisten nicht zugleich auch für andere Zwecke verwendet werden sollen.

Die vorgelegten Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

**Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend**

Kinder in der Schule - Herbst 22:

unabhängig vom SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen normaler Betrieb in Kindergarten & Schule

<b>Unterstützungserklärungen:</b>				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Unterschrift

Hinweise:

Für eine gesetzeskonforme Einbringung müssen die Unterschriftenlisten im Original vorgelegt werden.

Die Parlamentsdirektion weist darauf hin, dass die Unterschriftenlisten nicht zugleich auch für andere Zwecke verwendet werden sollen.

Die vorgelegten Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.